

i.punkt Landtag

Informationen des Landtagsabgeordneten Andreas Stoch aus Landtag und Wahlkreis

Ausgabe 4/2019

24. Oktober 2019



Foto: SPD Baden-Württemberg

Liebe Leserinnen und Leser,

die Arbeit im Landtag hat nach der parlamentarischen Sommerpause bereits wieder volle Fahrt aufgenommen. Im Zentrum stehen dabei die Verhandlungen zum nächsten Doppelhaushalt 2020/2021, der im Dezember verabschiedet werden soll. Hier hat die Landesregierung noch einiges an Hausaufgaben zu erledigen. Die Fraktionen versuchen schon deutlich, sich bei der Verteilung der Mittel für den nächsten Landtagswahlkampf zu positionieren, was den ohnehin mehr als fragilen Koalitionsfrieden weiter bedroht und einen politischen Gestaltungswillen nach wie vor vermissen lässt.

Gerade beim wichtigen Thema Klima- und Artenschutz erweisen sich die Grünen mit ihrem Ministerpräsidenten Winfried Kretschmann hier im Land eher als Bremser, anstatt wie jahrzehntelang propagiert als Vorreiter. Erst ein Volksbegehren muss die Landesregierung vor sich hertreiben, damit sie endlich ein einigermaßen ambitioniertes Artenschutzgesetz auflegt. Offensichtlich wird dabei auch, dass die direkte Demokratie von Grün-Schwarz lediglich in Sonntagsreden gefeiert wird. Nach unserem Antrag auf ein Volksbegehren für gebührenfreie Kitas bringt nun schon das zweite Volksbegehren die Landesregierung in Bedrängnis. Man fühlt sich irgendwie an den Zauberlehrling erinnert, der die Kräfte, die er rief, nun nicht mehr loswird.

Was die Situation der SPD angeht, wage ich nach dem Landesparteitag in Heidenheim zu behaupten, dass Ruhe in den Landesverband eingekehrt ist. Endlich ging es dort wieder um Inhalte und nicht um Personalien. Und das erhoffe ich mir nun auch von

der Bundespartei, wenn im Dezember der neue Vorsitz gewählt wird. Die ewigen und unsere Partei zermürbenden Personaldebatten müssen endlich ein Ende finden. Wenn wir für die Menschen wieder wählbar sein wollen, müssen wir ihnen Antworten auf ihre Fragen und Ideen für ein gelingendes Miteinander geben. Wie wollen wir in Zukunft unsere Gesellschaft gestalten? Unser Markenkern dabei ist und bleibt die soziale Gerechtigkeit. Und dafür braucht es einen starken und handlungsfähigen Staat. Das muss die Grundvoraussetzung jedes sozialdemokratischen Wollens und Handelns sein.

Das war auch eine der Hauptforderungen Erhard Eplers. Sein Tod ist für mich persönlich und für unsere Partei – gerade jetzt in dieser schwierigen Situation - ein schwerer Verlust. Mit seiner intellektuellen Schärfe und seinem pointierten Witz, aber auch mit seiner Prinzipienfestigkeit und seiner persönlichen menschlichen Zuwendung hat er zu den großen Vordenkern unserer Partei gehört. Schon früh sah er die Ökologie als die Hauptaufgabe des 21. Jahrhunderts und drängte auf die Notwendigkeit eines Nord-Süd-Ausgleichs. Er war seiner Zeit voraus. In letzter Zeit trieb ihn vor allem die Sorge um unsere Demokratie und den Zusammenhalt in Europa um. Als Wegbegleiter haben wir Erhard Epler leider verloren. Als Wegweiser wird er uns auch weiterhin begleiten.



Bei einer Lesung im Kloster Herbrechtingen 2016.

Ich wünsche Euch eine interessante und anregende Lektüre.



Euer Andreas Stoch

Debatte zum Bericht des Bürgerbeauftragten gegen Antisemitismus

In seiner 100. Sitzung am 16. Oktober diskutierte der Landtag über den Bericht des Bürgerbeauftragten gegen Antisemitismus Michael Blume.

Mit der Bestellung eines Beauftragten gegen Antisemitismus hat Baden-Württemberg eine Pionierrolle in Deutschland eingenommen. Wenn wir erleben, wie brandaktuell seine Aufgaben heute sind, fast 75 Jahre nach dem Ende der Nazizeit und der Menschheitskatastrophe der Judenverfolgung, dann wird mir kalt. Antisemitismus zu begegnen sollte im 21. Jahrhundert Prävention, Aufklärung, Begegnung bedeuten. Es sollte bedeuten, das Wissen um die Ungeheuerlichkeiten des 20. Jahrhunderts wachzuhalten. Ein Wissen, dass uns niemals verloren gehen darf. Und es sollte bedeuten, ein ganzes Menschenleben nach dem Ende des sogenannten Dritten Reiches weiter an einem Miteinander von Juden und Nichtjuden zu arbeiten, an einem Miteinander unseres Landes und des Staates Israel. Stattdessen müssen wir darüber nachdenken, wie wir jüdische Gotteshäuser besser gegen mörderische Angriffe schützen können. Das ist eine Katastrophe, eine Schande. Der Bericht bietet viele Handlungsempfehlungen, Vorschläge zu Prävention, zu Bildung, Begegnung und Aufklärung. Besonders dringend ist eine angemessene Reaktion auf alle Formen des Antisemitismus, also auch auf verbalen Antisemitismus, auf Anfeindungen, auf Hassmails, auf unerträgliche Anspielungen in der politischen Kommunikation. Tatsächlich scheint nicht mehr selbstverständlich, was noch vor zwei Jahrzehnten selbstverständlich war in diesem Land. Die Aufklärung über die Judenvernichtung lässt nach. Die pädagogische Begleitung ist oft veraltet oder findet nur noch pro forma statt. Lehrerfortbildungen schlägt der Bericht ausdrücklich vor. Bemerkenswert sind auch die Ratschläge zur Begegnung mit jüdischem Leben. „Mitleid erzeugt noch keinen Respekt“, sagt Blume. Die Vermittlung jüdischen Lebens muss über das Leid der Nazizeit hinausgehen. Vor anderthalb Jahren habe ich an dieser Stelle für meine Fraktion die Einrichtung der Stelle eines Beauftragten gegen Antisemitismus gefordert. Ich habe damals abschließend den irisch-britischen Staatsphilosophen Edmund Burke zitiert: „Für den Triumph des Bösen reicht es, wenn die Guten nichts tun.“ Antisemitismus wird geflüstert und geschrien, gepostet, geliked und geschmiert. Er führt zu Anfeindungen, zu Übergriffen, zu Anschlägen. Wir müssen ihm in jeder Form begegnen! Null Toleranz gegenüber allen antisemitistischen Brandstiftern! Tun wir was!

Meine Rede als Live-Stream findet Ihr unter: <https://www.landtag-bw.de/home/mediathek/videos/2019/20191016sitzung1001.html?t=1484>

Finanzierung der Schulsozialarbeit

In der 101. Landtagssitzung am 17. Oktober hinterfragt die SPD die Pläne der Landesregierung hinsichtlich der Schulsozialarbeit.



Rainer Hinderer (Foto: SPD-Landtagsfraktion)

Für den sozialpolitischen Sprecher der SPD-Fraktion **Rainer Hinderer** ist Schulsozialarbeit ein Erfolgsmodell, das unter einer SPD-Sozialministerin reaktiviert und beherzt vorangetrieben wurde. Über 2.600 Sozialarbeiter verrichten an unseren Schulen einen nicht mehr wegzudenkenden Dienst und ermöglichen Jugendlichen einen niederschweligen Zugang zu verschiedenen Angeboten. Schulsozialarbeit muss häufig auch die Lücken füllen, die durch eine unzureichende Lehrerversorgung entstehen. Sie kaschiert das Versagen der Kultusministerin. Kommunen und Landkreise beteiligen sich Jahr für Jahr in immer größerem Umfang an der Finanzierung. Das Land dagegen fährt sein Engagement zurück. Der zuständige Sozialminister Manfred Lucha ignoriert die Forderungen der Kommunen nach einer angemessenen Drittelfinanzierung. Im Mai hatte er die Kommunalen Landesverbände zum Spitzengespräch eingeladen und auf den SPD-Antrag zur Schulsozialarbeit geantwortet, dass die aktuellen Regelungen den Veränderungen angepasst und entsprechend weiterentwickelt werden. Aber bis heute liegt kein Entwurf zur künftigen Fördervorschrift vor, obwohl die jetzige zum Ende des Jahres ausläuft. Die Kommunen haben weder Rechts- noch Finanzierungssicherheit bei der Schulsozialarbeit, und das, wo gerade vielerorts die kommunalen Haushalte beraten und verabschiedet werden.

Die SPD fordert die Fortführung der Drittelfinanzierung und die Anpassung der Kosten. Bei den Beratungen im Sozialausschuss hat Grün-Schwarz unseren Antrag dazu abgelehnt. Das Land lässt die Kommunen und Landkreise im Regen stehen. Sie gefährdet die Schulsozialarbeit im Bestand und blockiert den weiteren Ausbau. Eine angemessene soziale Begleitung wird unseren Kindern so verweigert - und damit auch gerechte Bildungschancen.

Landesparteitag in Heidenheim



Rede auf dem Landesparteitag in Heidenheim

Unser Landesparteitag in Heidenheim begann mit einer Schweigeminute für die Opfer des Anschlags in Halle. Aber nur Schweigen reicht nicht. Wir müssen vielmehr deutlich machen, dass auf deutschem Boden kein Platz ist für Rassismus, Antisemitismus, Fremdenhass und Hetze.

Die derzeitige Situation unserer Partei ist wahrscheinlich die schwerste in ihrer Geschichte. Auch wenn die Umfragen demotivierend sind, wird die SPD nach wie vor gebraucht. Wir müssen den Menschen Antworten auf ihre Fragen und Ängste geben. Wer, wenn nicht wir? Die Selbstbeschäftigung innerhalb der Partei muss endlich aufhören! Wir brauchen eine neue Parteispitze im Bund, aber dann müssen wir uns wieder aufs Politikmachen konzentrieren. Die SPD muss sagen, was sie will! Und nicht immer nur die Kompromisse mit der CDU/CSU verteidigen oder nach Umfragen und Wählergunst schauen. Wir müssen unsere großen Ziele wieder formulieren. Die SPD muss wieder wissen, wofür sie kämpft! Wir brauchen einen starken und handlungsfähigen Staat, der das Gemeinwohl organisiert und die Menschen teilhaben lässt.

Meine gesamte Rede findet Ihr als Live-Stream unter: <https://www.spd-bw.de/meldungen/livestream-landesparteitag-heidenheim/>

Auf dem Landesparteitag hat die SPD Baden-Württemberg weitreichende Beschlüsse gefasst. Sie ist der politische Vorwärtsgang in unserem Land. Nur sie kann Ökonomie, Ökologie und Soziales auf einmal! Mit starken Debatten und Entscheidungen sind wir inhaltlich weitergekommen und haben uns nicht mit uns selbst beschäftigt, sondern mit den Sorgen und Nöten der Menschen. Das müssen und werden wir fortsetzen!

Klimaschutz mit Mut - Wirtschaftspolitik mit Verantwortung

Einmütig haben die 260 Delegierten einen Initiativantrag des Landesvorstands beschlossen, der wichtige Antworten auf zwei gewaltige Herausforderun-

gen gibt: auf Klimaschutz und den wirtschaftlichen Umbruch. Beides trifft gerade in Baden-Württemberg wie in einem Brennglas zusammen. Wichtig ist dabei für uns, dass wir als Gesellschaft zusammenhalten und niemanden außen vorlassen, sondern den Wandel mit allen und für alle gestalten.



Mit Generalsekretär Sascha Binder am Stand der AOK Ostwürttemberg

Gute Pflege geht uns alle an

Beim einstimmig verabschiedeten Leitantrag „Gute Pflege geht uns alle an“ wird Pflege als Teil der öffentlichen Daseinsvorsorge betont. Daraus ergibt sich der Auftrag zu einer Gestaltung und Finanzierung von Pflege, die sich am Gemeinwohl orientieren. Um das gewährleisten zu können, müssen Bund, Länder und Kommunen ihrer jeweiligen Verantwortung gerecht werden.

Mehrheit für Sexkaufverbot

Mehrheitlich hat sich der Parteitag auch für einen Antrag des Landesvorstands ausgesprochen, der sich für ein Sexkaufverbot in Deutschland einsetzt. Das beinhaltet die Freierbestrafung, die Entkriminalisierung der in der Prostitution Tätigen und flankierende Ausstiegshilfen für Prostituierte und Freier entsprechend dem so genannten „Nordischen Modell“. Dieser Antrag wird nun auf dem Bundesparteitag Anfang Dezember in Berlin eingebracht.



Im Gespräch mit Bundesgeneralsekretär Lars Klingbeil (Fotos: SPD BaWü)

Stoch packt's an!

Mit dieser landesweiten Aktionsreihe möchte ich, anders als bei herkömmlichen Betriebsbesuchen, nicht nur ein-zwei Stunden als Politiker einen Betrieb besichtigen, sondern für einen Tag lang in einen Beruf hineinschlüpfen, mitarbeiten und so einen tieferen Einblick in möglichst viele verschiedene Berufsbilder bekommen. Nur so ist aus meiner Sicht ein intensives Kennenlernen der Sonnen- und Schattenseiten der Berufe möglich. Ich möchte Informationen aus erster Hand, denn immer wieder höre ich Sätze wie: „Die Politiker da oben, die wissen doch gar nicht, was in Wirklichkeit los ist.“ Deswegen suche ich den direkten Kontakt und möchte die dabei gewonnenen Erfahrungen und Eindrücke für meine politische Arbeit - ob als Abgeordneter, Fraktionschef oder in der Landespartei - nutzen. Es ist wichtig, dass wir Politiker wieder näher an die Menschen herankommen, mehr über ihre alltäglichen Sorgen und Probleme, aber auch über ihre Freuden, Wünsche und Ziele erfahren. Und es ist mindestens ebenso wichtig, dass die Menschen sehen, dass wir Politiker auch nur Menschen sind, die anpacken wollen und durchaus auch können.



Stoch packt's an – als Biobauer!

In meinem Wahlkreis war ich in diesem Rahmen als Biobauer auf dem **Heidenheimer Talhof**. Ein arbeitsreicher Tag begann 6 Uhr mit Kühe eintreiben, Melkstand richten, Melken, Melkstand reinigen und Kühe zurück in den Stall bzw. auf die Weide bringen. Ich half außerdem, frische Mahd aus dem Ugental einzuholen und an die Kühe zu verfüttern. In der Hofkäserei füllte ich Joghurt in Gläser ab und klebte Etiketten auf. Und abschließend schaute ich im Talhof-Café Walden vorbei und half bei den Vorbereitungen für den Nachmittags-Service.

Stoch packt's an – als Altenpfleger!



Auch im **Eugen-Loderer-Altenzentrum der AWO** habe ich eine Schicht lang in der Altenpflege gearbeitet. Bei der morgendlichen Garderobe hatte ich kaum Berührungspunkte, denn schließlich war ich vor gut 30 Jahren als Zivi schon beim mobilen Dienst der AWO unterwegs. Ob beim Bettenmachen, den gemeinsamen Mahlzeiten und der Morgengymnastik – gerne habe ich mit angepackt. Es war ein erfüllender Tag, Menschen so direkt helfen zu können. Das hat mir wieder einmal mehr deutlich gemacht, wie wichtig und wertvoll die Arbeit der Pflegekräfte ist. Hier müssen wir als SPD weiter am Ball bleiben und uns dafür einsetzen, dass sich die Bedingungen in der Pflege weiter verbessern und mehr Menschen sich für Pflegeberufe entscheiden.



Und dabei dem Heidenheimer SPD-Urgestein Kurt Wehrmeister und seiner Quetschkommode im Singkreis zu lauschen, war ein ganz besonderes Vergnügen.



Impressum:

Wahlkreisbüro Andreas Stoch MdL
 Redaktion: Danjela Folberth
 Bergstraße 8 | 89518 Heidenheim
 Tel.: 07321/ 4 00 80
 E-Mail: wahlkreisbuero@andreas-stoch.de
 Internet: www.andreas-stoch.de